

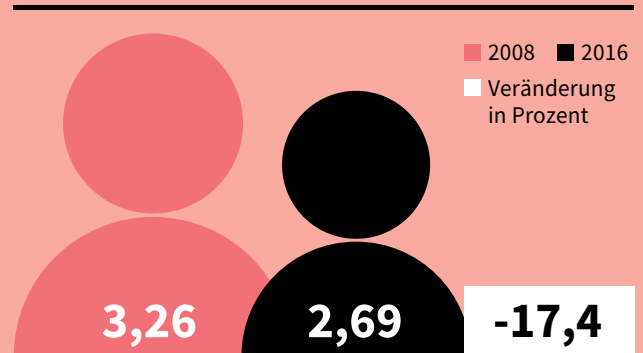
# Vorwärts in die Vergangenheit

**Agenda 2010.** „Heute ist ein guter Tag für die Arbeitslosen in Deutschland“, sagte der damalige VW-Personalchef Peter Hartz im August 2002, als er die Ergebnisse der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ vorstellte. Diesen Satz können die meisten Ökonomen auch heute noch unterschreiben. Dazu gehört IW-Arbeitsmarktexperte Holger Schäfer, der die Pläne von SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz, Teile der Agenda 2010 zurückzunehmen, im iwd-Interview als „unfassbar schädlich“ bezeichnet. Das schlechte Image der Reformen in der Öffentlichkeit rührt auch daher, dass die Agenda 2010 meist auf „Hartz IV“ reduziert wird – tatsächlich umfasste sie jedoch ein ganzes Paket an Reformen. Außerdem belegt der iwd, dass die Arbeitslosenzahlen keineswegs künstlich kleingerechnet werden.

→ [Seiten 2-5](#)

## Arbeitsmarkt: Erfolg auf ganzer Linie

Gemeldete Arbeitslose in Millionen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit  
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## Unfairer Wettbewerb

**Unternehmenssteuern.** Bei der Besteuerung der Gewinne aus Patenten und Lizenzen gewähren inzwischen etliche EU-Länder den Unternehmen drastische Steuernachlässe, Malta verzichtet sogar ganz auf eine Besteuerung. Deutschland will sich dagegen wehren – greift aber zum falschen Mittel.

→ [Seiten 6-7](#)

### Steuerrabatte in Europa

- Körperschaftssteuersatz (in Prozent des Gewinns)
- Steuersatz auf Lizenzen und Patente (in Prozent der Einnahmen)



Steuersätze: einschließlich lokaler Steuern

Quellen: Bundesfinanzministerium, Kanton Nidwalden, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young  
© 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## Kontakte gesucht

**Jugendliche mit Behinderung.** In den Jahren 2010 bis 2015 haben 23 Prozent aller ausbildungsaktiven Unternehmen in Deutschland junge Leute mit Behinderung ausgebildet, von den großen Firmen sogar mehr als die Hälfte. Die Betriebe können bei ihrem Engagement auf Unterstützung durch diverse staatliche Institutionen bauen. Was jedoch fehlt, ist eine zentrale Anlauf- und Informationsstelle. Zudem mangelt es an regionalen Netzwerken zwischen Schulen, außerbetrieblichen Bildungsstätten, Berufsbildungswerken und Integrationsämtern, die direkte Kontakte zwischen Unternehmen und Jugendlichen herstellen.

→ [Seiten 10-11](#)



# Agenda 2010 – Soll und Haben

Heute werden die Reformen, die die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder ab 2003 umsetzte, oft auf „Hartz IV“ reduziert – tatsächlich aber besteht die Agenda 2010 aus einem umfangreichen Reformpaket. Neben den Neuerungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Rentenversicherung, von denen das IW Köln die wichtigsten auflistet und bewertet, gab es noch zahlreiche Reformen in der Gesundheits- und der Finanzpolitik.

## Der Arbeitsmarkt

### Befristete Arbeitsverträge

#### Die wichtigste Neuerung ...

Existenzgründer können befristete Arbeitsverhältnisse für maximal vier Jahre statt der grundsätzlich geltenden zwei Jahre abschließen

... und was aus ihr geworden ist  
Umgesetzt, betrifft aber nur wenige

### Kündigungsschutz

#### Die wichtigsten Neuerungen ...

- Die Kriterien der Sozialauswahl werden auf Alter, Dauer der Betriebszugehörigkeit, Unterhaltspflichten und Schwerbehinderung begrenzt
- Der Schwellenwert für das Kündigungsschutzgesetz steigt von fünf auf zehn Mitarbeiter für Neueinstellungen

... und was aus ihnen geworden ist: Umgesetzt

#### Die wichtigsten Neuerungen ...

#### ... und was aus ihnen geworden ist

### Hartz I und II

- Verschärfung der Meldepflichten und der Zumutbarkeit von Arbeit; wird ein Job abgelehnt, muss das begründet werden
- Gründung von Personal-Service-Agenturen (PSA)
- Einführung des Existenzgründungszuschusses und der Ich-AGs
- Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung in Mini- und Midijobs

## I&II

- Zumutbarkeit: erfolgreich umgesetzt
- PSA sollten Herzstück der Reform sein. Zeitweise bis zu 30.000 Teilnehmer; Idee scheiterte, weil Geförderte nicht in ausreichendem Maße in den ersten Arbeitsmarkt integriert wurden. Zeitarbeit erwies sich als besseres Instrument
- Ich-AG: erfolgreich eingeführt, zeitweise bis 240.000 Geförderte; 2006 faktisch abgeschafft
- Minijobs: erfolgreich umgesetzt; geringfügige Beschäftigung hatte aber keinen Anteil am Beschäftigungsaufbau ab 2006

### Hartz III

- Strengere Mitwirkungspflichten für Arbeitsuchende
- Um ALG zu bekommen, müssen Arbeitslose innerhalb von zwei Jahren (vorher drei) mindestens sechs Monate sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben

## III

Erfolgreich umgesetzt

### Hartz IV

- Die bisherige Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird durch die bedarfsorientierte „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ (ALG II) bzw. Sozialgeld ersetzt
- Erwerbsfähige Hilfebedürftige werden gesetzlich renten-, kranken- und pflegeversichert
- Ehemalige Arbeitslosengeldbezieher bekommen bis zu zwei Jahre lang Zuschläge zum ALG II
- Bis auf wenige Ausnahmen ist jede legale Arbeit zumutbar; bei Ablehnung wird das ALG II gekürzt
- Alle ALG-II-Empfänger können gemeinnützige Zusatzjobs ausüben (1-Euro-Jobs)
- Verbesserte Hinzuverdienstmöglichkeiten: Im Durchschnitt dürfen ALG-II-Empfänger ca. 15 bis 20 Prozent ihres Nettoverdienstes behalten
- Das Betreuungsverhältnis von Vermittlern zu Arbeitsuchenden soll sich verbessern

## IV

- ALG II: erfolgreich umgesetzt
- Befristeter Zuschlag zum ALG II: wurde 2011 wieder abgeschafft
- 1-Euro-Jobs: teilweise bis zu 300.000 Geförderte, mittlerweile weniger als 100.000
- Die Forschung hat erkannt, dass die 1-Euro-Jobs nur für wenige, eng abgegrenzte Zielgruppen sinnvoll sind
- Hinzuverdienstmöglichkeiten sind zwar besser als in der Sozialhilfe, aber nach wie vor bestehen Anreize, die Arbeitszeit nicht über einen Minijob hinaus auszudehnen. Folge: Von 1,2 Millionen Aufstockern haben 400.000 nur einen Minijob
- Betreuungsverhältnisse entsprechen in einigen Jobcentern immer noch nicht den gesetzlichen Vorgaben

# Die gesetzliche Rentenversicherung

## Kurzfristige Stabilisierung

### Die wichtigsten Neuerungen ...

- Die gesetzliche Mindestschwankungsreserve sinkt von 50 auf 20 Prozent
- Die Rentenanpassung zum 1. Juli 2004 wird ausgesetzt
- Ab April 2004 müssen Rentner den vollen Beitrag zur Pflegeversicherung alleine tragen

### ... und was aus ihnen geworden ist

- Die Schwankungsreserve darf zwischen 20 und 150 Prozent einer Monatsausgabe betragen. Derzeit ist sie bis zur Obergrenze gefüllt. Sie soll aber bis 2020 schrittweise bis auf die Untergrenze abgesenkt werden
- Von 2004 bis 2006 und 2010 gab es keine Rentenerhöhung. Der Beschäftigungsaufbau spielt den Rentnern derzeit aber in die Karten. Rechnete man 2006 noch mit einem Rückgang des Sicherungsniveaus vor Steuern bis auf 46,6 Prozent im Jahr 2020, so liegt das Sicherungsniveau derzeit und wohl auch 2020 bei rund 48 Prozent

## Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz

### Die wichtigsten Neuerungen ...

- Mit dem Nachhaltigkeitsfaktor wird bei der jährlichen Rentenanpassung die Entwicklung des Verhältnisses von Beitragszahlern zu Rentnern berücksichtigt
- Schul-, Fachhochschul- und Hochschulzeiten wirken nicht mehr rentensteigernd. Die Höherbewertung von schulischen oder beruflichen Ausbildungszeiten wird begrenzt

### ... und was aus ihnen geworden ist

Durch den Nachhaltigkeitsfaktor sinkt das Rentenniveau langsam, aber sicher. Weil das aber absehbar nicht reicht, wurde zusätzlich die Rente mit 67 Jahren beschlossen

## Kinder-Berücksichtigungsgesetz

### Die wichtigste Neuerung ...

Kinderlose Pflegeversicherte, die nach 1939 geboren und älter als 23 Jahre sind, zahlen einen um 0,25 Prozentpunkte höheren Arbeitnehmer- bzw. Rentnerbeitrag auf ihr beitragspflichtiges Einkommen. Ausgenommen von dieser Neuregelung sind ALG-II-Empfänger sowie Wehr- und Zivildienstleistende

### ... und was aus ihr geworden ist

Die Einführung des erhöhten Pflegeversicherungsbeitrags für Kinderlose folgt der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Demnach muss der Gesetzgeber berücksichtigen, dass Familien über die Kindererziehung einen Beitrag zur nachhaltigen Sicherung der umlagefinanzierten Pflegeversicherung leisten

## Anpassung des Renteneintrittsalters

### Die wichtigste Neuerung ...

Einführung der Rente mit 67 Jahren. Erhöhung des Rentenalters ab 2012



**Interview.** Als Regierungschef formulierte Gerhard Schröder 2003 die Agenda 2010. Heute wollen die Sozialdemokraten Teile der Reform am liebsten rückgängig machen. IW-Arbeitsmarktexperte **Holger Schäfer** erklärt im iwd-Interview, warum damit keinem geholfen wäre.

## „Es wäre unfassbar schädlich“

### **SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz hat sich auf die Agenda 2010 eingeschossen – zu Recht?**

Auf keinen Fall. Er verhält sich wie die Große Koalition: Auch die hat immer wieder Reformen angesprochen, ohne dass es inhaltlich begründet oder empirisch geboten gewesen wäre. Schulz' Agenda-Bashing ist rein politisch motiviert.

### **Ist es wirklich der Agenda 2010 zu verdanken, dass der Arbeitsmarkt brummt? Sind es nicht eher glückliche Umstände wie die niedrigen Zinsen oder der relativ günstige Euro?**

Diese Frage ist kaum zu beantworten. Wir werden nie genau wissen, wie sich Deutschland ohne die Agenda 2010 entwickelt hätte, denn es gibt ja kein Paralleluniversum ohne die Reformen. Ich halte es aber nicht für Zufall, dass sich direkt nach der Umsetzung der Pläne alle wirtschaftlichen Indikatoren deutlich verbessert haben. Natürlich hatten auch andere Faktoren einen Einfluss, etwa die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften – aber auch die steht letztlich im Zusammenhang mit der Drohkulisse von Hartz IV.

**Gerade bei älteren Arbeitslosen wird die Statistik aber auch schön-gerechnet, argumentieren Kritiker:**

### **Sollte es hier nicht ein anderes Reporting geben?**

Wenn die Kritiker ehrlich wären, müssten sie zugeben, dass es die bemängelte Augenwischerei gar nicht gibt. Die Bundesagentur für Arbeit weist alles offen aus. Unter Kohl war das viel schlimmer, da wurden Hunderttausende in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gesteckt oder frühverrentet, um bessere Arbeitsmarktzahlen zu haben.

### **Was halten Sie vom Vorschlag, die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld I zu verlängern – zumindest für ältere Arbeitnehmer?**

Das wäre das Schlimmste, was die Politik tun könnte. Es wäre unfassbar schädlich. Letztlich ist das Thema keine Frage der Gerechtigkeit, wie von manchen behauptet: Die Arbeitslosenversicherung funktioniert nicht so, dass man über die Jahre anspart und im Alter mehr rausbekommt. Und alle Studien zum Thema zeigen eindeutig, dass es immer schwerer wird, zurück in den Arbeitsmarkt zu finden, je länger man pausiert. Deshalb muss alles darangesetzt werden, dass es sich niemand in der Arbeitslosigkeit bequem macht.

**Laut IW Köln muss die Regelaltersgrenze für den Renteneintritt weiter steigen, wenn der Leis-**

### **tungsumfang gleich bleiben soll. Aber haben Ältere am Arbeitsmarkt wirklich noch eine Chance?**

Hier muss zweierlei beachtet werden: Einerseits haben es ältere Arbeitslose tatsächlich schwerer, einen Job zu finden. Andererseits werden Ältere in Deutschland deutlich seltener arbeitslos als Jüngere. Beides gleicht sich praktisch aus, weshalb die Arbeitslosenquote der Älteren kaum höher ist als die der Jüngeren. Zudem zwingt der Fachkräftemangel die Firmen immer mehr, sich für ältere Arbeitnehmer zu öffnen. Da reguliert der Markt sich selbst, staatlicher Zwang ist unnötig.

### **Wer Arbeitslosengeld II bezieht, darf sich etwas hinzuverdienen. Doch das lohnt sich noch immer so wenig, dass sich viele mit einem Minijob als Zubrot begnügen. Sollte es mehr Anreize geben, zu arbeiten?**

Die Diagnose stimmt, die aktuellen Regeln bevorzugen Teilzeit- und Minijobs. Das IW Köln hat einst den Vorschlag gemacht, die Freibeträge im unteren Bereich zu reduzieren und weiter oben zu erhöhen. Doch damit weitet man dann auch schnell den Kreis der Bedürftigen aus oder es kommt zu Mitnahmeeffekten. Entsprechend begrenzt sind die Möglichkeiten.

# Keine alternativen Fakten

**Agenda 2010.** Haben die Agenda-2010-Reformen dem deutschen Arbeitsmarkt geholfen? Oder ist der deutliche Rückgang der Arbeitslosenzahlen nur ein statistischer Taschenspielertrick?

Deutschland hat heute rund 2,2 Millionen Arbeitslose weniger als im Jahr 2005, sagen die einen. Das ist nur ein Buchungstrick, entgegen die anderen, die Arbeitslosenzahl wird künstlich kleingerechnet.

Fakt ist: Es gibt nicht nur eine Arbeitslosenzahl, sondern vier verschiedene. Zwar werden alle vier von der Bundesagentur für Arbeit ausgewiesen – in den Medien taucht aber meist nur eine auf, nämlich die der registrierten Arbeitslosen. Für das Jahr 2016 sieht die komplette Berechnung der Arbeitslosenzahl so aus:

**Gemeldete Arbeitslose.** 2,69 Millionen Menschen waren 2016 durchschnittlich arbeitslos gemeldet – zu diesen Arbeitslosen zählen all jene, die nicht in einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme stecken und die dem Arbeitsmarkt jederzeit zur Verfügung stehen.

**Arbeitslose im weiteren Sinn.** Das sind die gemeldeten Arbeitslosen plus jene, die an einer Eingliederungsmaßnahme teilnehmen, sowie über 58-jährige ALG-II-Empfänger, denen das Jobcenter länger als ein Jahr keine Arbeit mehr angeboten hat. Dadurch erhöht sich die Zahl der Arbeitslosen auf 3,06 Millionen.

**Unterbeschäftigte im engeren Sinn.** Das sind die Arbeitslosen im weiteren Sinn plus die Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen – wie berufliche Weiterbildung, 1-Euro-Jobs und Integrationskurse – plus krankgemeldete Arbeitslose. Insgesamt ergibt dies 3,55 Millionen Unterbeschäftigte.

**Unterbeschäftigte im weiteren Sinn.** Das sind die Unterbeschäftigten im engeren Sinn plus jene Menschen, die sich mit einem Gründungszuschuss selbstständig machen. Einschließlich dieser geförderten Selbstständigen erhöht sich die Zahl der Unterbeschäftigten 2016 auf 3,58 Millionen.

Die einzige Gruppe, zu der die Arbeitsagentur nichts sagen kann, ist die stille Reserve – dazu zählen auch Menschen, die auf eigene Faust Arbeit suchen und sich deshalb nicht bei der Arbeitsagentur melden.

Vergleicht man die Arbeitsmarktzahlen 2016 mit den Werten von 2008 – damals wurde die Statistik umgestellt, sodass die Zahlen vor 2008 nicht mit denen von heute zu

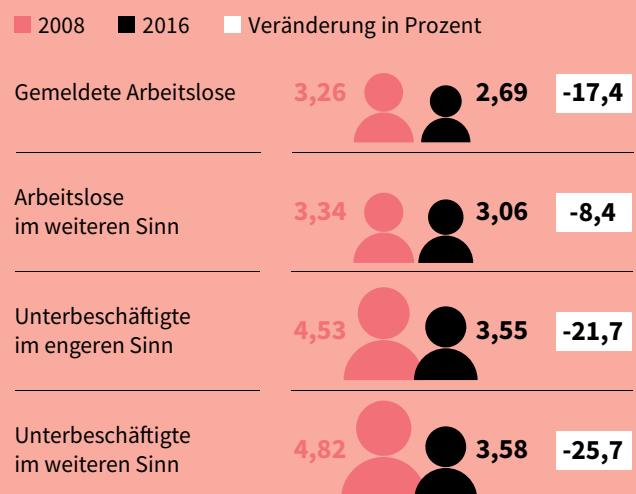
vergleichen sind –, dann hat sich der Arbeitsmarkt in allen vier Kategorien deutlich verbessert (Grafik):

**Von 2008 bis 2016 ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen um gut 17 Prozent gesunken – die Unterbeschäftigung im weiteren Sinne hat sogar um fast 26 Prozent abgenommen.**

Aus dem Rahmen fällt nur der relativ magere Rückgang von rund 8 Prozent bei den Arbeitslosen im weiteren Sinn. Der Grund dafür ist, dass heute tatsächlich mehr Menschen in einer Qualifizierungsmaßnahme stecken oder aus Altersgründen nicht mehr als Arbeitslose registriert sind – und das, obwohl Letztere dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Das ist aber auch der einzige Punkt, in dem man der Arbeitslosenstatistik ein wenig Schönfärberei vorwerfen kann.

## Arbeitsmarkt: Erfolg auf ganzer Linie

in Millionen



2016: vorläufige Angaben; Arbeitslose im weiteren Sinn: gemeldete Arbeitslose plus Teilnehmer an Aktivierungs- und Eingliederungsmaßnahmen sowie über 58-jährige Arbeitslosengeld-II-Empfänger, denen das Jobcenter länger als ein Jahr keine Arbeit angeboten hat; Unterbeschäftigte im engeren Sinn: Arbeitslose im weiteren Sinn plus Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie berufliche Weiterbildung, 1-Euro-Jobs, Integrationskurse plus krankgemeldete Arbeitslose; Unterbeschäftigte im weiteren Sinn: Unterbeschäftigte im engeren Sinn plus jene, die Selbstständigengförderung bekommen, sowie ohne Kurzarbeit



# Unfairer Steuerwettbewerb in Europa

**Unternehmenssteuern.** Mittlerweile buhlen 14 europäische Staaten mit Steuerrabatten darum, dass multinationale Unternehmen ihre Marken und Patente bei ihnen registrieren lassen – und nicht in einem anderen Land. Mit einem fairen Wettbewerb hat das nichts zu tun, denn die Mehreinnahmen des einen sind die Mindereinnahmen des anderen. Deutschland will sich zwar mit der sogenannten Lizenzschranke dagegen wehren – die aber ist eher ein stumpfes Schwert.

Das wertvollste Gut einer Firma besteht heute oft nicht mehr aus Fabrikhallen und Maschinen, sondern aus Marken und Patenten. In diesen immateriellen Wirtschaftsgütern stecken die Ideen der Unternehmer und Mitarbeiter – sprich die betriebliche Zukunft.

Weil die Gewinne aus einem Patent in jenem Land versteuert werden, in dem das Patent angemeldet ist, überbieten sich die Staaten bei der Registrierung der Schutzrechte mit steuerlichen Sonderangeboten. Und das gilt längst nicht mehr nur für die berühmt-berüchtigten Steueroasen in der Karibik, auch viele EU-Staaten mischen mittlerweile kräftig mit, indem sie sogenannte Patentboxen oder Lizenzboxen einführen: Auf die Lizenzgebühren, die für Patente und Marken gezahlt werden, wird nur ein sehr geringer Steuersatz fällig.

Das hat zur Folge, dass so manches Unternehmen die Entwicklung seiner Patente, Handelsmarken und Warenzeichen in ausländische Tochterunternehmen verlagert. Apple zum Beispiel zahlt genau aus diesem Grund in Deutschland kaum Steuern, obwohl das Unternehmen hier Milliardenumsätze macht.

Dieser unfaire Steuerwettlauf nach unten hat Konjunktur: Gab es vor gut zehn Jahren gerade einmal drei europäische Länder mit Patentboxen, sind es heute bereits 14. Zuletzt sind Italien und Irland auf den Zug aufgesprungen.

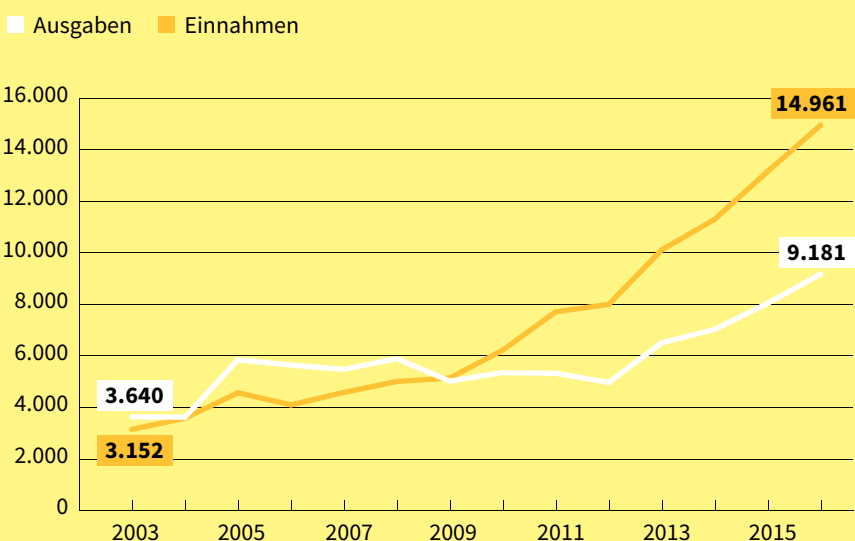
Ein Vergleich mit Deutschland, wo für Lizezeinnahmen der reguläre Körperschaftssteuersatz gilt, zeigt

die Folgen des Steuerdumpings (Grafik Seite 7):

**Während Deutschland die Einnahmen aus Lizenzen und Patenten je nach Gewerbesteuersatz mit rund 30 Prozent besteuert, sind es in Italien lediglich knapp 16 Prozent, Irland begnügt sich mit rund 6 Prozent – und Malta verzichtet ganz auf Steuern.**

## Geistiges Eigentum lässt Kassen klingeln

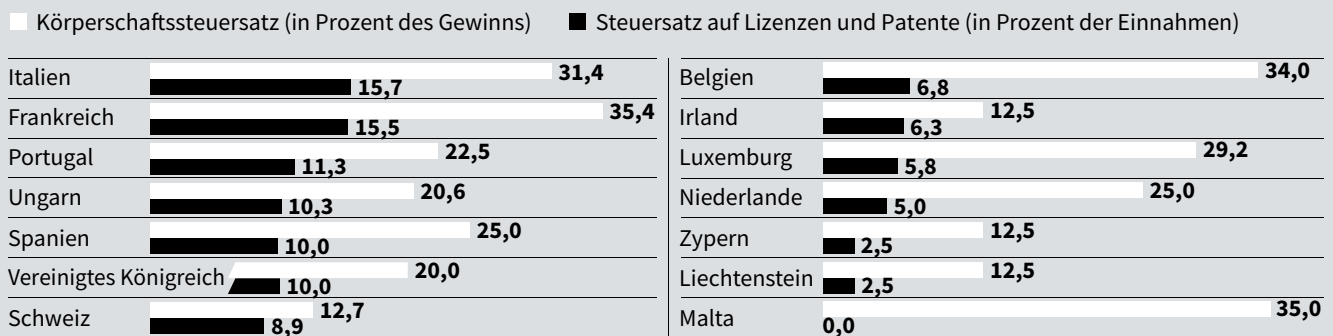
Einnahmen und Ausgaben der Unternehmen in Deutschland durch Schutzrechte wie Urheberrechte, Patente und Lizenzen in Millionen Euro



Quelle: Deutsche Bundesbank © 2017 IW Medien / iwd


## Steuerrabatte in Europa

Länder, in denen es neben dem allgemeinen Körperschaftsteuersatz einen reduzierten Steuersatz auf Einnahmen aus Lizenzen und Patenten gibt – in Deutschland zum Beispiel gibt es eine solche Unterscheidung nicht, hier beträgt die Steuerbelastung in beiden Fällen etwa 30 Prozent.



Steuersätze: einschließlich lokaler Steuern; Schweiz: Kanton Nidwalden

Quellen: Bundesfinanzministerium, Kanton Nidwalden, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young  
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Zwar bemühen sich OECD und EU in ihrem Kampf gegen Gewinnverlagerung und Steuervermeidung, die Praxis der Patentboxen zu stoppen. Doch einigen Ländern ist der faire Wettbewerb egal – sie wollen schlichtweg nicht auf ihre Steuereinnahmen verzichten.

**Der Nexus-Ansatz.** Als Kompromiss kam bei dem OECD-Projekt gegen Steuervermeidung und Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting, kurz: BEPS) der sogenannte Nexus-Ansatz heraus. Demnach darf ein Land den Steuerabbatt einer Patentbox ab 2021 nur gewähren, wenn das jeweilige Unternehmen seine Forschung und Entwicklung tatsächlich in diesem Land betreibt. Es bleibt allerdings abzuwarten, welche Regierungen diesen Ansatz tatsächlich umsetzen und wie Länder außerhalb von OECD oder EU damit umgehen.

**Die Lizenzschranke.** Deutschland will sich gegen die Steuerrabatte mit einer sogenannten Lizenzschranke wehren: Nach den Plänen der Bundesregierung sollen konzerninterne Ausgaben für Patente, Lizenzen und Markenrechte ab 2018 nicht mehr oder nur noch zum Teil als

Betriebsausgabe abgezogen werden können – die Lizenzschranke greift immer dann, wenn die Auslandsbesteuerung weniger als 25 Prozent beträgt.

Zwar erwartet das Bundesfinanzministerium dadurch jährliche Steuermehreinnahmen von rund 30 Millionen Euro. Gemessen an den gesamten Unternehmenssteuern von 130 Milliarden Euro pro Jahr wäre dies allerdings ein Plus von gerade einmal 0,02 Prozent – ein Indiz dafür, dass deutsche Konzerne dieses Sparmodell offenbar nicht übermäßig nutzen.

Dies liegt auch daran, dass in Deutschland registrierte Patente nicht ohne weiteres in einem anderen Land angemeldet werden können. Denn der deutsche Fiskus verlangt in diesem Fall eine Entschädigung: Alle Gewinne, die mit einem Patent in Deutschland künftig gemacht würden, müssten auf einen Schlag versteuert werden. Das Steuerrecht schreibt vor, dass dafür die unterstellten Gewinne auf den Gegenwartswert abgezinst werden.

Mit dieser Einmalbesteuerung nimmt Deutschland bereits eine Vorreiterrolle im Kampf gegen

Gewinnverlagerung ein – die geplante Lizenzschranke hat daher eher symbolischen Charakter.

Nationale Alleingänge passen ohnehin nicht zum Ziel der europäischen Steuerharmonisierung und benachteiligen zudem die deutschen Unternehmen. Daher sollte die deutsche Regierung ihren Einfluss geltend machen und darauf drängen, dass Patentboxen als Steuersparmodell weltweit zurückgedrängt werden. Die deutsche Lizenzschranke wäre auch deshalb überflüssig, weil der Fiskus vom Geschäft mit dem geistigen Eigentum ohnehin profitiert (Grafik Seite 6):

**Seit dem Jahr 2009 waren die Einnahmen der Unternehmen aus Schutzrechten stets höher als ihre entsprechenden Ausgaben – im Jahr 2016 sogar um mehr als 60 Prozent.**

Um den Standort Deutschland zu unterstützen, könnte der Gesetzgeber nach dem Vorbild anderer Industrieländer eine steuerliche Forschungsförderung für nationale wie multinationale Unternehmen einführen. Wer Geld in Forschung und Entwicklung steckt, erhält dafür eine Steuergutschrift.

# Das Saarland muss nachlegen

**Wahl.** Am 26. März wählen die Saarländer einen neuen Landtag. Ökonomisch gesehen schöpft das kleinste Flächenland Deutschlands seine Potenziale derzeit nicht voll aus – und seine Schlüsselbranchen stehen vor einem fundamentalen Wandel.

Ein Blick auf die klassischen ökonomischen Kennziffern zeigt, dass das Saarland derzeit in vielen Bereichen ein wenig hinter dem gesamtdeutschen Durchschnitt zurückbleibt:

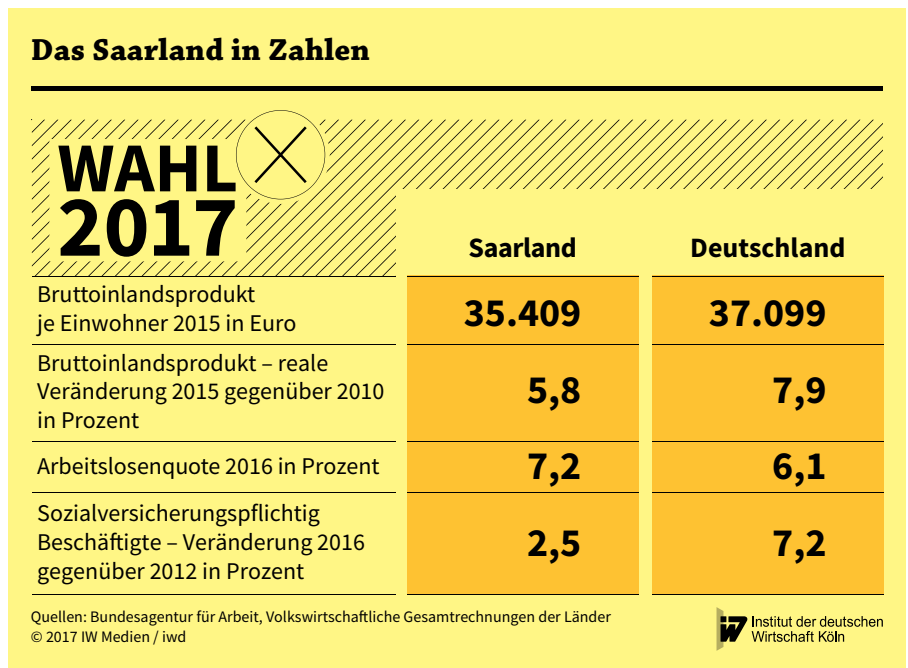
**Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP)** legte im ersten Halbjahr 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum nur um 1,5 Prozent zu – das war der schwächste Zuwachs aller Bundesländer. Mit einem Pro-Kopf-BIP von rund 35.400 Euro blieben die knapp eine Million Saarländer im Jahr 2015 fast 1.700 Euro unter dem Bundesdurchschnitt (Grafik). Diese unbefriedigende Performance ist seit nahezu 25 Jahren zu beobachten.

**Der Arbeitsmarkt** an Blies und Saar hat sich ebenfalls schlechter entwickelt als im Bundesdurchschnitt. So lag die Arbeitslosenquote im vergangenen Jahr mit 7,2 Prozent zwar im Mittelfeld aller Bundesländer. Allerdings ist sie seit der vorangegangenen Landtagswahl im Jahr 2012 um 0,5 Prozentpunkte gestiegen, während sie deutschlandweit um 0,7 Punkte gesunken ist.

Noch größer ist die Kluft beim Aufbau von Arbeitsplätzen:

**Wuchs die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 2012 und 2016 bundesweit um 7,2 Prozent, kam das Saarland nur auf ein mageres Plus von 2,5 Prozent.**

Die wirtschaftliche Schwäche des Saarlands erklärt sich vor allem



dadurch, dass die exportorientierte Saarländische Wirtschaft mit einem starken Rückgang der In- und Auslandsnachfrage sowie mit Turbulenzen auf den globalen Stahlmärkten zu kämpfen hat. Hinzu kommt, dass die Unternehmen nach der Brexit-Entscheidung zunehmend verunsichert sind, denn Großbritannien ist der wichtigste Abnehmer saarländischer Produkte.

Das Saarland ist ein Industrieland – mehr als 27 Prozent seiner gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung kamen 2015 aus dem Verarbeitenden Gewerbe. Mit Unternehmen wie Ford, Bosch, Saarstahl und der Dillinger Hütte stellen vor allem die Automobilindustrie und deren Zulieferer, aber auch die

Metallerzeugung und der Maschinenbau die Schlüsselbranchen.

Gerade der Automobilsektor steht allerdings vor einem fundamentalen Wandel. Neue Technologien wie Elektroantriebe und autonomes Fahren werden die klassischen Wertschöpfungsketten schon sehr bald völlig neu justieren. Das Saarland kann dabei eine entscheidende Rolle als Gestalter der Industrie 4.0 einnehmen – wenn es seine Chancen nutzt.

Großes Potenzial, wiederum mit Blick auf die vierte industrielle Revolution, haben auch die saarländischen Unternehmen der IT-Technologien, etwa SAP und Scheer sowie das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz.



# 60 Jahre Römische Verträge

**EU.** Die Europäische Union blickt auf 60 Jahre wirtschaftliche Zusammenarbeit zurück. Ansätze einer politischen Integration sind sogar noch älter, scheiterten aber am französischen Parlament. Mittlerweile wäre es allerdings an der Zeit, in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik enger zu kooperieren.

Am 25. März 1957 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande in Rom die Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG). Damit schufen sie die Grundlage für die wirtschaftliche Integration Europas. Zentraler Bestandteil der EWG war der Gemeinsame Markt, der die Arbeitnehmerfreizügigkeit sowie den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital umfasst.

Schon fünf Jahre vor den Römischen Verträgen war der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) in Kraft getreten. Sie hatte ein klares Ziel: Indem die Montanunion die damals wichtigsten Wirtschaftsbereiche vergemeinschaftete und unter eine gemeinsame Aufsicht stellte, sollte ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich unmöglich werden.

Doch während es mit der wirtschaftlichen Integration stetig voranging, scheiterte ein vornehmlich politischer Integrationsversuch 1954 in der französischen Nationalversammlung: die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG).

Mittlerweile scheint die Zeit allerdings reif, in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik enger zusammenzuarbeiten. Denn terroristische Bedrohungen machen die Welt unsicherer und viele stellen sich

die Frage, inwiefern die USA die westliche Welt und deren Werte weiterhin verteidigen werden.

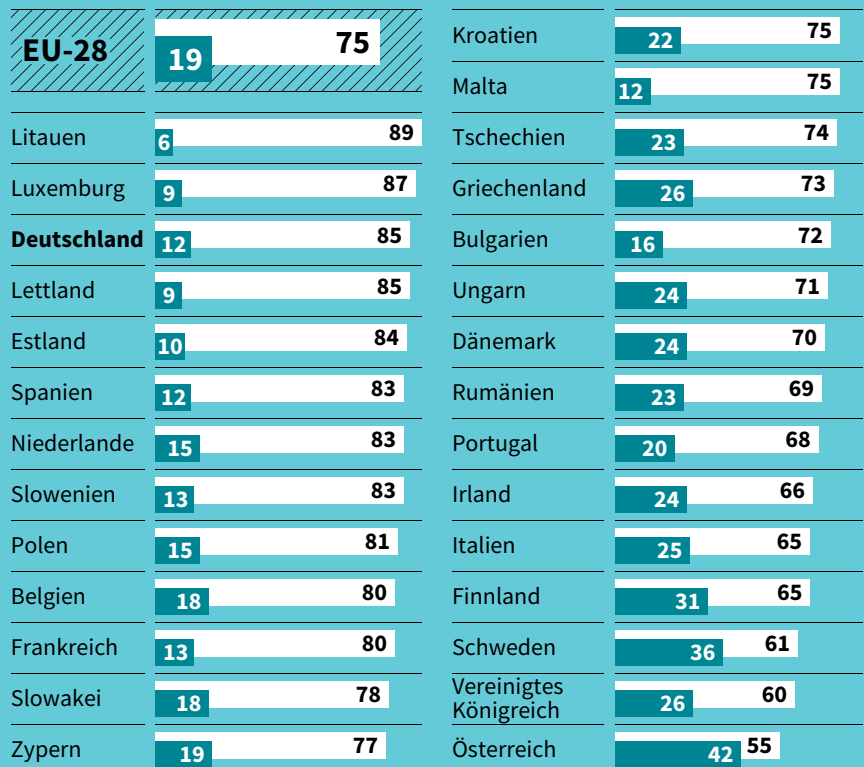
**Ökonomisch gesehen wäre eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sinnvoll: Als öffentliches Gut würden alle Europäer von ihr profitieren.**

Dieser Mehrwert ließe sich aus einem gemeinsamen Budget finanzieren. Am Widerstand der EU-Bürger dürften entsprechende Pläne jedenfalls nicht scheitern: Sie befürworten eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik mit beachtlicher Mehrheit (Grafik).

## Sicherheit schweißt Europäer zusammen

So viel Prozent der Bevölkerung sind für oder gegen eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedsstaaten

■ Dafür ■ Dagegen



Rest zu 100: weiß nicht  
Quelle: EU-Kommission  
© 2017 IW Medien / iwd

# Kein Handicap

**Jugendliche mit Behinderung.** Viele junge Leute, die gehandicapt sind, absolvieren ihre Ausbildung in einem Berufsbildungswerk oder einer anderen geförderten Einrichtung. Dabei stehen viele Unternehmen einer betrieblichen Ausbildung von Menschen mit Behinderung durchaus offen gegenüber. Doch oft mangelt es schlicht an Kontakten.

Was heißt eigentlich „behindert“? Wer das Downsyndrom hat, ist für jeden erkennbar ein Mensch mit schwerwiegenden Beeinträchtigungen. Aber was ist mit Schwerhörigen oder Asperger-Autisten? Als behindert gilt, wessen körperliche Funktionen, geistige Fähigkeiten oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem typischen Zustand abweichen, den Gleichaltrige üblicherweise aufweisen – so lautet die offizielle Definition.

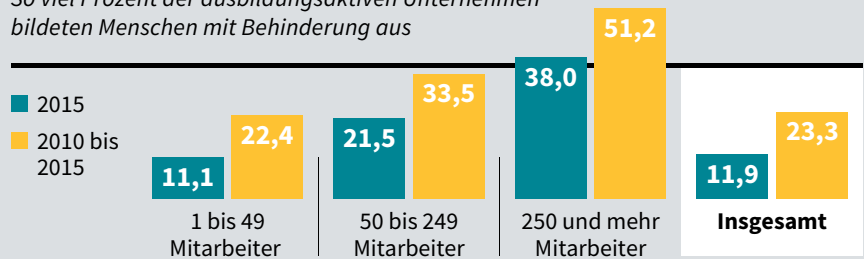
Für Menschen mit Behinderung ist es häufig nicht leicht, einen Job oder eine qualifizierte Ausbildung zu finden. Wie groß die Unterschiede diesbezüglich zwischen Menschen mit und ohne Behinderung tatsächlich sind, zeigt ein Blick auf die Erwerbstätigkeit:

**In Deutschland gingen 2013 fast 84 Prozent der 24- bis 44-Jährigen einer Berufstätigkeit nach – aber nur 58 Prozent der Gleichaltrigen mit Behinderung hatten einen Job.**

Während die Inklusion an Schulen intensiv diskutiert wird, ist diese Debatte in der Berufsausbildung noch nicht so recht angekommen. So streben viele Jugendliche mit Behinderung nach der Schule in den geförderten und geschützten Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, statt sich für einen Ausbildungsplatz in einem Unternehmen zu bewerben. In der Praxis erfolgt die berufliche Qualifi-

## Ausbildung von Menschen mit Behinderung: Das Engagement der Unternehmen

So viel Prozent der ausbildungsaktiven Unternehmen bildeten Menschen mit Behinderung aus



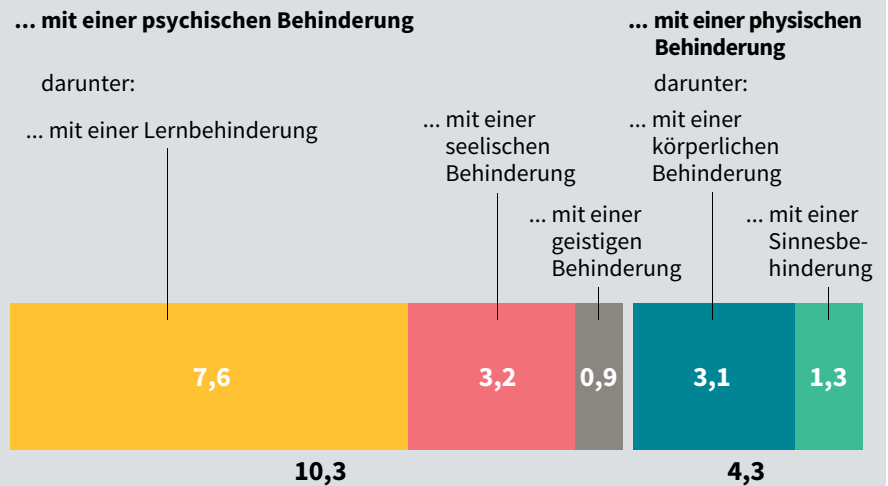
Befragung von 1.119 Unternehmen zwischen Juli und September 2015

Quelle: IW-Personalpanel © 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

## Auszubildende mit Behinderung: Eine heterogene Gruppe

So viel Prozent der ausbildungsaktiven Unternehmen beschäftigten im Jahr 2015 Auszubildende ...



Mehrfachnennungen; Befragung von 1.119 Unternehmen zwischen Juli und September 2015

Quelle: IW-Personalpanel © 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

zierung von Behinderten also zu häufig in Werkstätten für Menschen mit Behinderung und in Berufsbildungswerken, ohne dass vorab betriebliche Alternativen geprüft würden – auch wenn die Berufsbildungswerke inzwischen intensiv mit Unternehmen kooperieren und sich dabei als fachkundiger Partner für die Praxis erweisen.

Solche Partnerschaften sind angesichts der Inklusionsbestrebungen der Bundesregierung weiter zu intensivieren. Dies würde sich auch für die Unternehmen lohnen. Denn wenn Betriebe angesichts des Fachkräftemangels künftig verstärkt Menschen mit Behinderung beschäftigen wollen, bilden sie diese auch am besten selbst aus – schließlich verringern sie so die Unsicherheiten bezüglich deren Fähigkeiten und steigern die Bildungsrendite.

Zur betrieblichen Ausbildung von Menschen mit Behinderung gibt es in Deutschland keine amtlichen Daten. Deshalb hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Rahmen des IW-Personalpanels die Betriebe zu ihrem Engagement befragt – mit folgenden Ergebnissen (Grafik Seite 10 oben):

**Im Jahr 2015 bildeten 12 Prozent der ausbildungsaktiven Unternehmen Jugendliche mit Behinderung aus – betrachtet man einen Zeitraum von fünf Jahren, ist der Anteil sogar doppelt so groß.**

Dass große Unternehmen häufiger behinderte Jugendliche ausbilden, ist nicht verwunderlich – letztlich nimmt in Konzernen und Großunternehmen mit vielen Azubis einfach die Wahrscheinlichkeit zu, dass darunter jemand ist, der eine physische oder psychische Behinderung aufweist. So hat jeder zweite Betrieb mit mindestens 250 Mitarbeitern innerhalb von fünf Jahren Jugendliche mit Behinderung ausgebildet.

Die Unternehmen können für ihr Engagement öffentliche Förderung erhalten – zum Beispiel Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung oder technische Hilfen, um Arbeitsplätze barrierefrei zu gestalten. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Institutionen, die ausbildenden Betrieben und den Azubis helfen – sei es in Form von fachlicher Nachhilfe oder Unterstützung beim Ausfüllen von Förderanträgen (Grafik):

**Jene Unternehmen, die behinderte Jugendliche beschäftigen, schätzen vor allem die Angebote der Träger der Jugendhilfe und der Berufsbildungswerke.**

Allerdings macht es für die Bewertung externer Unterstützungsangebote einen Unterschied, welche Art der Behinderung die Jugendlichen haben (Grafik Seite 10 unten). Unternehmen, die ausschließlich Menschen mit psychischen Behinderungen ausbilden, vermissen häufiger externe Hilfen als Betriebe, die Jugendliche mit physischen Behinderungen beschäftigen.

Über die vorhandenen Unterstützungsmaßnahmen fühlen sich die meisten Betriebe gut informiert. Was

sie aber beklagen, ist das mangelhafte Zusammenspiel der Beteiligten. So fänden es die Firmen hilfreich, wenn es eine zentrale Anlaufstelle mit einem festen Ansprechpartner für alle Informationen bezüglich der Ausbildung eines behinderten Jugendlichen über die gesamte Ausbildungsdauer gäbe. Diese Person könnte bei den Verbänden, Kammern oder privaten Bildungsanbietern angesiedelt sein.

Nachholbedarf gibt es außerdem hinsichtlich der Kontaktmöglichkeiten: Es mangelt noch an regionalen Netzwerken zwischen Schulen, außerbetrieblichen Bildungsstätten, Berufsbildungswerken und Integrationsämtern, die direkte Kontakte zwischen Betrieben und Jugendlichen herstellen. Dies würde auch helfen, den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft weiter zu stärken.

#### IW-Analysen Nr. 114

Christoph Metzler, Susanne Seyda, Luisa Wallosek, Dirk Werner: Menschen mit Behinderung in der betrieblichen Ausbildung  
[iwkoeln.de/behinderung-ausbildung](http://iwkoeln.de/behinderung-ausbildung)


### Ausbildung von Menschen mit Behinderung: Wer unterstützt am besten?

So viel Prozent der Unternehmen, die zwischen 2010 und 2015 Menschen mit Behinderung ausgebildet haben, bewerten diese Institutionen im Zusammenhang mit ihrem Ausbildungsengagement als sehr geeignet oder geeignet

|  |      |
|--|------|
| Träger der Jugendhilfe/Jugendberufshilfe | 89,6 |
| Berufsbildungswerke                      | 87,7 |
| Integrationsamt                          | 77,9 |
| Bildungswerke der Wirtschaft             | 71,2 |
| Agentur für Arbeit                       | 57,7 |
| Kammern/zuständige Stelle                | 52,2 |
| Berufsschulen                            | 52,1 |
| Private Bildungsanbieter                 | 49,5 |

Befragung von 380 Unternehmen zwischen Juli und September 2015

Quelle: IW-Personalpanel  
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Adressaufkleber

**Impressum**

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
**Chefredakteur:** Ulrich von Lampe  
(verantwortlich)  
**Stellv. Chefredakteur:** Jork Herrmann  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef),  
Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf,  
Sara Schwedmann, Alexander Weber  
**Redaktionsassistent:** Ines Pelzer  
**Grafik:** IW Medien GmbH  
**Telefon:** 0221 4981-523  
**Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iwd@iwkoeln.de  
**Bezugspreis:**  
€ 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,  
inkl. Mehrwertsteuer,  
Erscheinungsweise 14-täglich

**Abo-Service:** Therese Hartmann,  
Telefon: 0221 4981-443,  
hartmann@iwkoeln.de  
**Verlag:**  
Institut der deutschen Wirtschaft  
Köln Medien GmbH,  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445  
**Druck:** Henke GmbH, Brühl

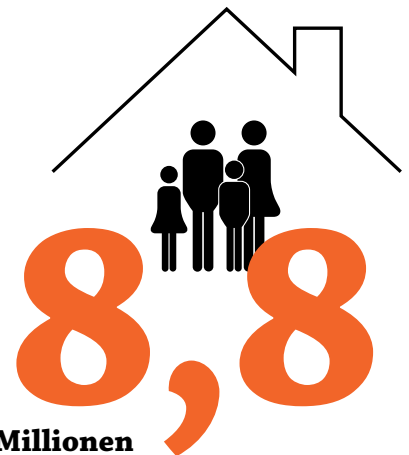
Rechte für den Nachdruck oder die  
elektronische Verwertung über:  
lizenzen@iwkoeln.de

**iw.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.

# Top-Liste: Elektro macht Tempo

Die Zahl der weltweit zugelassenen Elektro- und Hybridautos ist im Jahr 2016 um fast 60 Prozent auf gut zwei Millionen gestiegen. Das Tempo, in dem die E-Fahrzeuge die Straßen erobern, ist jedoch regional sehr unterschiedlich. In China zum Beispiel hat sich der Bestand an E-Pkws gegenüber 2015 mehr als verdoppelt. Deutschland dagegen ist nicht nur gemessen am Fahrzeugbestand weit von der Weltspitze entfernt, sondern lag 2016 bei den Neuzulassungen von E-Autos mit rund 25.000 sogar deutlich hinter kleineren Ländern wie Norwegen (fast 46.000) zurück.

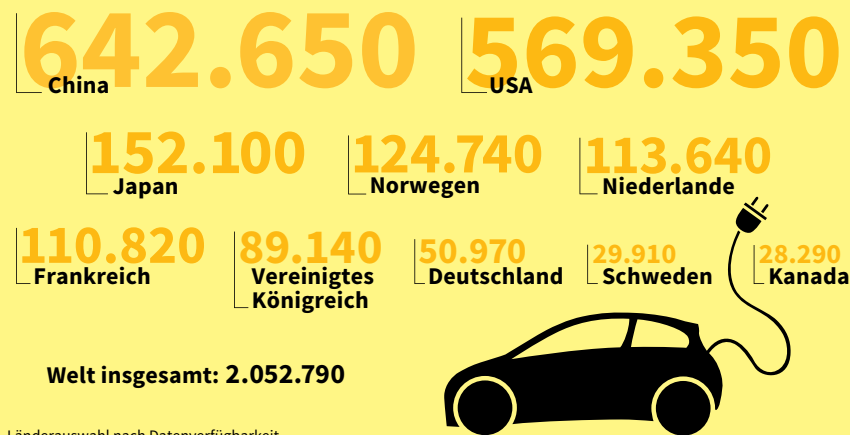
## Zahl der Woche



Haushalte mit mindestens drei Personen wird es laut Statistischem Bundesamt 2035 in Deutschland geben. Das wären fast 1,2 Millionen weniger als 2015. Dagegen steigt die Zahl der Singlehaushalte weiter an – im Jahr 2035 dürften rund 19 Millionen Bundesbürger allein leben, gut zwei Millionen mehr als heute. Insgesamt wird in knapp 20 Jahren in 44 Prozent aller Haushalte nur noch eine Person wohnen; in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen soll der Anteil im Schnitt sogar 56 Prozent betragen.

### China auf E-Kurs

Bestand an zugelassenen Elektro- und Hybrid-Pkws im Jahr 2016



Länderauswahl nach Datenverfügbarkeit

Quelle: Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW)  
© 2017 IW Medien / iwd

**iw** Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## Neu auf iwd.de: Der Weg zur Gleichstellung ist noch lang

Sowohl für die Privatwirtschaft als auch für den öffentlichen Dienst gilt in Deutschland das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen in Führungspositionen. Zwar ist der Anteil der Frauen, die in börsennotierten Unternehmen eine Leitungsfunktion innehaben, in den vergangenen Jahren gestiegen. Doch von Geschlechterparität kann noch längst keine Rede sein. Auch in den obersten Bundesbehörden geht es mit der Gleichstellung nur langsam voran. Das zeigt eine Übersicht auf iwd.de.

